

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin M 57
Wintersfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Sühorn Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugsspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Sicherung und Stärkung der Verbandsfinanzen.

In den ersten Wochen nach Ausbruch des Weltkrieges war die Auffassung allgemein, daß dieser nach einigen Monaten sein Ende erreichen würde. Die Tatsachen haben diesen trügerischen Wahn zerstört und damit so manchen Plan, welcher nicht auf einer jahrelangen Kriegswirtschaft aufgebaut war, als unzulänglich erwiesen.

Neulich ist es auch unserem Verbandsorgan, obwohl alle durchgeführten Kriegsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeit einer längeren Kriegsdauer bewertet worden waren. Damit konnte jedoch nicht ohne weiteres gerechnet werden, daß das furchtbare Völkerringen auch noch im Jahre 1917 ein Wiederaufleben positiver Organisationsarbeit unterbinden könnte. Das Unerwartete ist aber nun Wirklichkeit geworden; es gilt jetzt, sich damit abzufinden und die nötigen Schritte im Interesse des Verbandes daraus zu ziehen.

Die Finanzwirtschaft des Verbandes erwies sich während der ersten beiden Kriegsjahre, wie ein Blick in die Vierteljahrsabrechnungen zeigt, als gesund und den schweren Anforderungen gewachsen, welche an die Hauptkasse herantraten. Aber schon in der Mitte des Jahres 1916 änderte sich das Bild. Die im zweiten und auch im dritten Vierteljahr noch erzielten Mehreinnahmen waren so gering, daß sie nur knapp die im ersten Vierteljahr bereits eingetretene Mehrausgabe zu decken vermochten. Dieses Resultat war um so bedenklicher, als schon vor Abschluß des Jahres festgestellt werden konnte, daß sich im vierten Vierteljahr eine bedeutende Unterbilanz ergeben wird, und zwar von nicht weniger als 5000 Mk. schon dann, wenn die Summe der auszu zahlenden Unterstü tungen derjenigen des vorausgegangenen Vierteljahrs gleich käme. Sie wird aber bestimmt höher sein, da erfahrungsgemäß die Anwendungen für Unterstü tungen in den letzten Monaten eine starke Steigerung aufweisen.

Auf eine Aenderung dieser Entwicklungstendenz in Soll und Haben der Hauptkasse ist nicht zu rechnen, wenn nicht baldigh durch eine Erhöhung der Einnahmen verhindert wird, daß weitere Defizitablässe das Verbandsvermögen aufzehren. Eine Schwächung des noch vorhandenen Vermögensbestandes, der während des Krieges um 30 Proz. (in den Beständen der Hauptkasse um 210 000 Mk. und in denen der Ästiale um 50 000 Mk.) bereits gemindert ist, darf aber unter keinen Umständen mehr eintreten. Im Gegenteil: ein Ausblick in die nach dem Kriege wirtschaftlich und sozial recht trübe Zukunft läßt starke Zweifel aufkommen, ob die rund eine halbe Million Mark im Verbandsäckel den Ansprüchen der nach dem Friedensschluß sicher zahlreichen arbeitslosen und kranken Mitglieder und den Kriegslasten der zu führenden Kämpfe voll gewachsen sein wird. In der Erfüllung dieser unabweisbaren Aufgaben darf — darüber kann es nur eine Stimme im Verbandsorgan geben — die Verbandskasse jedenfalls nicht verjagen.

So hat uns der Abschluß des verfloffenen Jahres vor zwei harte Tatsachen gestellt: auf der einen Seite die Inanspruchnahme des Verbandsvermögens bis an die Grenze des Möglichen, andererseits in der Hauptkasse der Eintritt des Stadiums, daß die Einnahmen nicht mehr die Ausgaben decken. Für den Verbandsvorstand ergab sich daher nur der eine Schluß, dem Mißverhältnis in dem letzteren Punkte ein Ende zu bereiten.

Die eingehende Nachprüfung der laufenden Ausgaben führte zu keinem Resultat. Es erwies sich als völlig aussichtslos, irgendwo noch Ersparnisse zu machen. In dieser Hinsicht ist schon von Beginn des Krieges an alles getan worden, was nur möglich war. So sind im Verbandsbureau Räume im Mietwerte von monatlich 45 Mk. abgestoßen worden; mehr konnte infolge der bestehenden Verträge nicht geschehen. Obwohl dem Hauptbureau bisher zehn Mitarbeiter durch den Kriegsdienst entzogen wurden, sind nur zwei weibliche Ersatzkräfte eingestellt worden. Ebenso ist es mit den 17 Subbureaus, für welche einschließlich der ausbühweise herangezogenen Genossen aus anderen Verbänden nur noch elf Angestellte vorhanden sind. Die Aufhebung des einen oder anderen dieser Stützpunkte der Organisation ist ausgeschlossen, da sie für den Wiederaufbau derselben nach dem Kriege unentbehrlich sind. Die sozialen Grundzüge unseres Verbandes verbieten es auch, an den nur das Notwendigste darstellenden Beträgen etwas abzustreichen, welche den Familien der heerespflichtigen Verbandsangestellten gewährt werden. Andererseits weisen die Verwaltungskosten und andere Ausgaben fortgesetzte Steigerungen auf. Sämtliche Puroomaterialien sind bedeutend teurer geworden. Die Herstellungskosten der Verbandszeitungen haben eine Erhöhung von 25 Proz. erfahren, welche sich infolge des Rückganges der Auflagenziffer pro Exemplar sogar auf 30 Proz. beziffert.

Es blieb noch die Frage aufzuwerfen, ob an eine Aufhebung der Sterbebeihilfe an gefallene Mitglieder gedacht werden kann. Das war jedoch entschieden zu verneinen, wenn auch bis zum 30. September 1916 die Hauptkasse für 1519 dieser Kriegsopter eine Summe von 15 570 Mk. hergeben mußte. Es wäre eine Härte ohne gleichen, wenn eine Unterstü tzung solcher Art einem Teile der bedauernswerten Hinterbliebenen gezahlt, einem anderen Teile aber plötzlich vorenthalten würde. Dieses Opfer der Solidarität muß weiter gebracht werden.

Zu dem gleichen negativen Ergebnis führten alle Versuche, an Ausgabe-posten auch nur die kleinsten Abstriche zu machen.

Der Verbandsvorstand sah sich daher vor die zwingende Notwendigkeit gestellt, zur Herstellung des Gleichgewichts im Soll und Haben eine Neuordnung der

Einnahmen durchzuführen. Es braucht nicht erst hervor-
gehoben zu werden, daß von einem Mitgliederzuwachs darin
jetzt nichts zu erwarten ist, obwohl erfreulicherweise die
Schichten immer wieder ausgewechselt werden konnten, welche
die fortgesetzten Reineinziehungen zum Seeresdienst schlugen.
So sehr die Verbandsleitung bisher bemüht war, eine Be-
lastung der Mitglieder zu vermeiden — jetzt konnte und durfte
sie nicht mehr zögern, von dem ihr im § 9 des Statuts zu-
erkannten Rechte Gebrauch zu machen und für die Dauer des
Krieges einen Extrabeitrag auszusprechen. Die Ver-
antwortlichkeit der Organisation gegenüber gebot es, diesen
einzig möglichen Weg zu beschreiten.

Zu Übereinstimmung mit dem Verbandsausschuß und
unter einmütiger Billigung der Gauleiter, welche gelegent-
lich der Gewerkschaftskonferenz zur Besprechung des Zivil-
dienstgesetzes in Berlin versammelt waren, soll die Erhebung
des Extrabeitrages in Form eines Kriegszuschlages
zum Wochenbeitrag erfolgen, und zwar in Höhe von
10 Pfennig. Wie aus der auf der letzten Seite ent-
haltenen Bekanntmachung des Verbandsvorstandes ersichtlich
ist, wird die Einführung des Zuschlages erst ab 1. Juli d. J.
erfolgen, so daß für die Vorbereitungen dazu genügend Zeit
bleibt.

Wie schon betont, hat sich der Verbandsvorstand erst nach
langem Zögern und unter dem Zwang der Verhältnisse zu
der einschneidenden Maßnahme, die ein Extrabeitrag dar-

stellt, entschlossen. Es mag manchem Mitgliede widerstreben,
dem in Anbetracht der schweren Zeit, in der wir leben, ohne
weiteres zuzustimmen. Gewiß, ein jeder hat schon gegenüber
den Preistreibern und der sonstigen Miere auf dem
Lebensmittelmarke mit den größten Schwierigkeiten zu
kämpfen, um seinen Haushalt aufrechtzuerhalten. Und trotz-
allem! Die Kampfbereitschaft, die Schlag-
fertigkeit des Verbandes darf nicht minder er-
gehört werden. Ist die Organisation in Not — und das
geht aus obigen Ausführungen unabweisbar hervor —, so
muß ihr die notwendige Hilfe geleistet werden. Wer sachlich
prüft und als überzeugter Gewerkschafter weiß, daß in der
kommenden schweren Zeit nach dem Kriege eine festge-
fügte und leistungsfähige Organisation
mehr denn je bitter nötig sein wird, wer ferner mit klarem
Blick erkannt hat, wie wertvoll und unentbehrlich sich unsere
Gewerkschaften während dieses furchtbaren aller Kriege er-
wiesen haben, der muß und wird alles daraufsetzen, um dem
Entschlusse des Verbandsvorstandes rückhaltlos Unterstü-
gung angedeihen zu lassen. Unser Verband hat bisher zwar nicht
alle Wünsche, so doch sehr beachtenswerte materielle Vorteile
in Gestalt der Teuerungszulagen usw. den Kollegen erringen
können. Gewähre ihm jeder nun die bescheidenen Anfor-
derungen, welche er zu stellen gezwungen ist; denn es gilt, dem
Kampferproben neue Kraft zu neuem Handeln zu-
zuführen.

Kommunalpolitik im Kriege.

Nach einem Vortrag von Oberbürgermeister Dominicus-
Schöneberg.

II.

Ein weiteres Kapitel aus der Lebensmittelversorgung betrifft
die Kartoffel. Als ich im vorigen Winter zum ersten Male
mit meinem Kartoffelbesitzer, einem gewiegten Landwirt, über
diese Frage sprach, sagte er mir: „Geben Sie mal acht, von der
Kartoffel kann man graue Haare bekommen.“ Und in der Tat,
eine solche Fülle von wechselnden Problemen, wie sie in der Ver-
schaffung und in der Lagerung einer so leicht verderblichen Ware
und einer so begehrten Ware liegt, — das ist ein ganz ungeheuer
schwieriges Kapitel. Auf diese paar Beispiele aus der Lebens-
mittelversorgung will ich mich beschränken und nur noch beiläufig
darauf hinweisen, wie neben der Versorgung mit Lebensmitteln
für die Bevölkerung auch die Beschaffung und Verteilung von
Futtermitteln für die Pferde und für die Tiere überhaupt eine
Aufgabe der städtischen Verwaltung geworden ist.

Eine so wichtige Aufgabe, wie die Ernährung unserer Be-
völkerung, kann und darf nun von der Stadt nicht bloß so an-
gefaßt und durchgeführt werden, daß sie sich darauf beschränkt,
dem einzelnen den Zugang zu den vorhandenen Lebensmitteln in mög-
lichst gleicher und billiger Weise zu ermöglichen, sondern wir
müssen auch darauf ausgehen, daß wir die Zubereitung und
Speisung für eine große Zahl unserer Mitbürger selbst zu über-
nehmen suchen. So ist die Massenpeisung eine neue und
immer dringlicher gewordene Aufgabe der städtischen Verwaltung
geworden. Aber auch hier muß man leider sagen, daß man die
Grenzen des menschlichen Könnens nur zu leicht erreichen kann.
Denn wenn wir z. B. in Schöneberg bis jetzt auf eine tägliche
Speisungsmöglichkeit für ungefähr 10 v. H. der Bevölkerung ge-
langt sind, so haben wir doch die Empfindung, daß das nicht aus-
reicht, daß vielmehr im Frühjahr bittere Monate kommen können,
in denen das Publikum sich noch ganz anders zu den Massen-
speisungen drängen wird, als es jetzt der Fall ist. Da haben wir
uns nun überlegt, wie wir den Umfang der täglichen Speisung von
10 auf 20 v. H. ausdehnen könnten. Wir haben Pläne hergerichtet
für den Bau großer Wirtschaftspavillons, wie haben auch mit dem
Bau angefangen, wobei man auf das Geld, wie in dieser Zeit
überhaupt, nicht sieht. Aber auf andere Sachen muß man dabei
sehen, und andere Schwierigkeiten türmen sich auf, an die man
im Frieden nie gedacht hat. Da ist z. B. die Schwierigkeit der
Beschaffung von Heilmitteln, die jetzt überall und zu gleicher Zeit von
allen Städten bei den Fabriken bestellt werden; und wenn das
auch Kriegsarbeit ist und vom Kriegsamt als solche anerkannt wird,
so geht doch diese plötzliche Produktion von Dutzenden von großen
Bestellen über die Leistungsfähigkeit der Fabriken nur zu leicht

hinaus. Dazu kommt ein weiteres: Das einfache Aufschlagen
dieser paar Pavillons scheitert plötzlich, oder die Möglichkeit der
Durchführung ist wenigstens auf das schwerste bedroht durch den
Arbeitsmangel. Kriegsgefangene gibt es nicht mehr; die werden
überall vom Kriegsamt selbst beschäftigt, und wenn wir nicht die
Möglichkeit hätten, tropfenweise hier mal 10 oder dort ein Duzend
Soldaten zu bekommen, so würde an dem nötigen Mangel an
solchen gelehrten Arbeitern, wie Zimmerleuten, Maurern usw. das
geringe Projekt der Errichtung von 4 solchen Pavillons einfach
scheitern. So sind heute der ganzen städtischen Verwaltung Auf-
gaben der dringlichsten Natur sehr leicht gestellt, aber ihre Durch-
führbarkeit ist ganz anderen Schwierigkeiten unterworfen, als wir
sie im Frieden haben ahnen können.

Die Durchführung der Volkswirtschaftung erstreckt sich nun
weiter auch auf eine Reihe von anderen Stoffen des Wirtschafts-
lebens. Nicht bloß die Nahrungsmittel sind der Rationierung
verfallen. Sie alle wissen und denken an die Petroleum-
stellen, die wir haben einrichten müssen. Sie wissen, daß das
Sohlenleder in besonderen Maten den Städten überwiesen wird,
um es in diejenigen Manufakturen zu leiten, wo der größte Bedarf ist;
Sie kennen die Petroleumnot, die dazu geführt hat, daß in jeder
Stadt eine besondere Petroleumstelle für die Ausgabe von Petrol-
eum an die Heimarbeiter eingerichtet wurde. Hierzu kommen
weitere Aufgaben, bei denen es sich darum handelt, nach Möglichkeit
schädliche Wirkungen des Krieges zu vermeiden. Eine Fülle solcher
Probleme, nicht bloß im Wirtschaftsleben, sondern auch im Gesin-
den der Nation, sind durch den Krieg doch mehr oder weniger in
bedauerlicher Weise schon eingetreten. Hier steht in vorderster
Linie natürlich die Aufgabe, diese schädlichen Folgen von unserer
Jugend fernzuhalten. Ich nenne auf diesem Gebiete bloß die
Durchführung des Sparzwanges für die jugendlichen Arbeiter —
eine Verordnung, die sicherlich ausgezeichnet gemeint gewesen ist,
die aber ebenso klar eine Fülle von Schwierigkeiten bei ihrer
Durchführung mit sich gebracht hat. Glücklicherweise können wir
sagen, daß es hier in Groß-Berlin gelungen ist, diese Schwierig-
keiten zu überwinden. In meiner Gemeinde allein ist der Bestand
der Sparanlagen, die nicht wieder zurückgezogen worden sind, um
Anschaffungen vorzunehmen für die Jungen, jetzt schon auf un-
gefähr 60 000 bis 70 000 Mark angewachsen.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die sich im Kriege heraus-
gestellt hat, ist die Bewaltung feindschaftlichen Grundbesitzes, und das
kann unter Umständen je nach dem einzelnen Landesteile eine
außerordentlich wichtige Aufgabe sein. Ich erinnere mich an mein
Vaterstadt Etzhausen, in der Hunderte von Häusern, die Eigen-
tum von Franzosen gewesen sind, jetzt in der Bewaltung der Stadt
sich befinden, wodurch eine Heimarbeit für die städtische Ver-
waltung entstanden ist. Hier in Groß-Berlin haben wir ein sel-
bsterhellendes Gegenstück dazu, in der bevorstehenden Liquidation

der englischen Gasanstalt, eine Aufgabe, die doch auch mit der allergrößten Sorgfalt und Gründlichkeit erledigt werden muß, da es sich dabei um ein Kapital handelt, das die Engländer selbst auf 160 Millionen beziffert haben, und um eine Aufgabe, deren Wirkungen gar nicht zu übersehen sind.

Neben diesen neuen Aufgaben, die der Krieg den städtischen Verwaltungen gebracht hat, läuft natürlich die Fortführung ihrer alten Friedensarbeit, und da darf ich einmal an ein paar Beispiele aus unserer Stadtverwaltung (Schöneberg) erzählen, wie auch da alles umgedreht und umgepumpt worden ist unter den neuen Gesichtspunkten des Krieges.

Auf dem Grundstücksmarkt z. B. ist hier in unseren Berliner Bezirken der Verkehr ganz besonders Har zutage getreten. Kein Grundstück wird mehr verkauft, kein Bau wird mehr errichtet, keine Umsatzsteuer, keine Wertzuwachssteuer geht mehr ein, und in die Hunderttausende geht der Ausfall an solchen Steuern pro Jahr. Und dabei muß man weiter denken an die Nachwirkungen, die das nach dem Kriege haben kann. Jetzt ist der Bodenwert gesunken, auf der anderen Seite belasten die Zinsen des hineingesteckten Kapitals die Grundstückspreise ganz enorm. Wie nach dem Kriege eine Gesundung aller dieser Werte von Hunderten von Millionen erfolgen soll, das ist heute noch jedermann ein Rätsel.

Von dem Grundstücksverkehr kommt man auf den Bau, auf die Bauverwaltung. Auch da steht zunächst einmal alles. In den ersten Jahren des Krieges räumten wir uns noch, daß wir unsere öffentlichen Bauten fortsetzten, und ab und zu erschien in den Berliner Zeitungen ein Lobesbannus auf unsere Gründlichkeit und Tüchtigkeit, die uns z. B. die Fortführung der U-Bahn mitten durch die Friedrührstraße im Laufe des Krieges ermöglichte. Heute ist ja das Bild auch ein viel ernüchtertes geworden. Heute steht die Militärkommission an der Ecke jeder Nebenstraße in der Friedrührstraße und sagt: Nun aber auch wirklich einmal Halt, jetzt muß bei jedem Spatenstich geprüft werden, ob er wirklich noch nötig ist, und bei jeder Mauer muß geprüft werden, ob sie noch nötig ist, um den Einbruch zu verhindern, und darüber hinaus muß selbstverständlich jeder Weiterbau eingestellt werden. So steht in Schöneberg z. B. der wichtige Bau des Gemeindefestbahnhofs auf dem Rollendorfsplatz, der am 1. Oktober des Jahres 1916 vertragsgemäß fertiggestellt werden sollte, vollkommen. Das bedeutet eine Verlängerung der Bauzeit um mindestens zwei Jahre. Wenn wir heute überhaupt noch bauen können, so beschränken wir die Bauprojekte auf Kriegswirtschaftsaufgaben, z. B. auf den Bau von Schweinefäulen, oder auf die Errichtung von Speisehallen und Baracken. Das ist lästig, wo wir in der Bauverwaltung noch von einer Frische sprechen können, ja, wo sich sogar die Aufgaben der Verwaltung noch weiter vergrößert haben, das ist die landwirtschaftliche Verwaltung auf den Reichsgütern.

In der Schulverwaltung sehen wir denselben Stillstand. Bei den Volksschulen ist das Bild der Einschränkung ihres Betriebes im großen und ganzen sehr betrübend, denn Tausende von Schulfrauen sind ausgeschieden, und eine Fülle von sozialen Einrichtungen, die wir in mühevoller Arbeit und Gewöhnung eingerichtet, die wir unserer Stadtverwaltung allmählich abgewonnen haben, um sozial zu nützen, die sind wie weggeblasen, aus dem Gesichtspunkt der Erhaltung und wegen des Fehlens der Lehrkräfte. Ich erinnere an die Turn- und Jugendspiele im Sommer, die orthopädischen Turnkurse, die Unterbringung unserer Hilfsschulklassen in besonders geeignete einwärtige Räume mit Gartenbetrieb, die Schulbäder, die Abschlüsse für Schwerhörige; all diese freiwillige Ausgestaltung unserer Volksschularbeit in sozialer Beziehung ist ohne weiteres weggeschwemmt und hat schon für 2½ Schulgenerationen keine Bedeutung verloren. Daneben ist die Stärke der Volksschulklassen trotz verringerten Unterrichtserfolges erheblich geblieben; sie beträgt jetzt annähernd 45 gegenüber rund 40 vor fünf Jahren.

Nur einige wenige Lichtpunkte haben sich unter der Einschränkung des Krieges ergeben. Ich möchte da ganz besonders hervorheben die Einführung des Unterrichts in der Säuglingspflege, die wir während des Krieges vorgenommen haben. Bei den höheren Schulen ist das Bild ein ähnliches. Auch da sind, insbesondere in den höheren Klassen, außerordentlich viele Kombinationen eingetreten. Unser Lehrmaterial hat gerade an den höheren Schulen ganz besonders stark gelitten, weil da der Schule die besten Lehrkräfte, die uns bei den Volksschulen in den Lehrerinnen so reichlich zur Verfügung standen, nicht zur Verfügung stehen. An bestimmten sind aber durch den Krieg die Fortbildungsschulen betroffen worden, bei denen die Jünglinge nur zu sehr durch die Abwesenheit vom Schulbesuch abgezogen worden sind, und bei denen die Schulstunden auf zwei Drittel, ja sogar ein Drittel der an und für sich so kurz bemessenen Zeit eingeschränkt worden sind.

Die praktische Handhabung der einzelnen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes.

Die lange Frist, die bereits seit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes verstrichen ist, ohne daß die ausstehenden Ausführungsbestimmungen usw. bis jetzt bekanntgegeben worden sind, zeigt, wie schwierig es ist, Ausführungsbestimmungen über Erledigung von Differenzen zu treffen, wenn das Gebiet, für das die Ausführungsbestimmungen gelten sollen, Ausland ist.

Es ist nichts Schädlicher für eine möglichst präzise und verständliche Anwendung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes, als wenn man langatmige, juristische Ausführungsbestimmungen erläßt. Diese können der Natur der Sache nach nie kurz sein, sondern werden eben immer recht lang ausfallen, weil ja eine, vom juristischen Wissen beeinflusste derartige Arbeit immer in den Fesseln verfaßt, die Umständlichkeiten der Zivilprozessordnung auch hier hineinzuarbeiten.

Um zu zeigen, daß man sich auch kurz fassen kann und damit den praktischen Bedürfnissen ganz gewaltig dient, seien im nachfolgenden die Formalitäten geschildert, die im Kriegsausbruch für die Metallbetriebe Groß-Berlins bei der Erledigung der Geschäfte befolgt werden.

Die Satzungen des Kriegsaussschusses selbst sind sehr kurz und haben folgenden Wortlaut:

Von der Feldzeugmeisterei ist unter dem 11. Januar dieses Jahres ein Mundschreiben an die mit Kriegsarbeit beschäftigten Firmen gerichtet worden.

In dem darin vorgeschriebenen Maßnahmen haben zu Schwierigkeiten geführt, zu deren Beseitigung heute zwischen Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller emeritets und Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, gleichzeitig namens des

- Gewerkerzins der Maschinenbau- und Metallarbeiter S.-D.,
 - Christlichen Metallarbeiterverbandes,
 - Deutschen Holzarbeiterverbandes,
 - Fabrikarbeiterverbandes,
 - Transportarbeiterverbandes,
 - Verbandes der Maler und Lackierer,
 - Verbandes der Kupferschmiede und des
 - Verbandes der Maschinisten und Feizer
- andererseits im Weisem eines Vertreters der Feldzeugmeisterei folgendes vereinbart wurde:

1. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses erhält der Arbeiter neben dem Abgangsschein einen besonderen Schein, auf Grund dessen er ein neues Arbeitsverhältnis eingehen kann. Arbeiter, die von den im Verzeichnis der Feldzeugmeisterei aufgeführten Firmen kommen, dürfen nur eingestellt werden, wenn sie diesen Schein vorweisen.
2. Der Schein muß dem Arbeiter beim Abgang sofort ausgestellt werden, falls die Entlassung durch die Firma erfolgt. Bei Verweigerung des Scheins in diesem Falle ist die Firma schadensersatzpflichtig.
3. Erfolgt die Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter mit Zustimmung des Arbeitgebers, so ist dem Arbeiter ebenfalls der Schein sofort bei Lösung des Arbeitsverhältnisses auszuhändigen.
4. Beabsichtigt der Arbeiter, das Arbeitsverhältnis zu lösen, und ist der Arbeitgeber damit nicht einverstanden, so kann er die Ausstellung des Scheins verweigern.
5. Zur Schlichtung aller durch Verweigerung des Scheins entstehender Streitigkeiten, insbesondere Lohnendifferenzen, wird unter dem Namen „Kriegsaussschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins“ ein Ausschuß gebildet, der aus je drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmervertretern besteht. Die Arbeitgebervertreter werden von dem Verband Berliner Metallindustrieller, die Arbeitnehmervertreter von dem Deutschen Metallarbeiterverband bestellt. Die Feldzeugmeisterei hat sich bereit erklärt, bei den Sitzungen sich vertreten zu lassen.
6. Der Ausschuß tritt nur dann in Tätigkeit, wenn es nicht gelungen ist, die Streitigkeiten innerhalb des Betriebes beizulegen.
7. Der Ausschuß ist berechtigt, seinerseits Scheine auszustellen. Bis zur Entscheidung durch den Ausschuß, der bei vorliegenden Streitfällen mindestens wöchentlich einmal tagt, ist der Arbeiter nicht befugt, die Arbeit zu verlassen, wenn er auf die Ausstellung eines Scheines durch den Ausschuß rechnet.
8. Jeder Arbeiter kann zur Verhandlung vor dem Ausschuß einen Vertrauensmann hinzuziehen.
9. Auf Arbeiterinnen finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Scheine werden für diese weder ausgestellt noch beim Eintritt verlangt.

Berlin, den 10. Februar 1918.

Zur Anbringung von Beschwerden wurden zwei Beschwerdestellen eingerichtet, eine im Verbandsbureau des Verbandes Berliner Metallindustrieeller und die zweite im Verbandsbureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Wenn an einer Beschwerdestelle eine Beschwerde anhängig gemacht wird, stellt der Angestellte, der die Beschwerde entgegennimmt, zunächst den Sachverhalt fest, um prüfen zu können, ob denn überhaupt eine berechtigte Beschwerde vorliegt und, falls nötig, dem Beschwerdeführer Auskunft zu erteilen. Sodann werden zwei gleichlautende Formulare ausgefüllt mit Angabe der Firma und deren genauer Adresse. Ein Exemplar geht an die Zentrale und eins bleibt bei der Beschwerdestelle. Außerdem erhält der Beschwerdeführer sofort eine Terminbestimmung mit Angabe des Tages, des Orts und der Stunde der Verhandlung vor dem Kriegsausschuß.

Wenn, was besonders in der ersten Zeit auch des öfteren vorgekommen ist, der Beschwerdeführer bereits vor Entscheidung des Kriegsausschusses, ja vor der Anmeldung bei der Beschwerdestelle den Betrieb verlassen hat, bekommt er ein Schriftstück mit, mit dem er sich zu seiner Firma zurückgeben hat. Dieses Schriftstück enthält die Mitteilung an die Firma, daß der Beschwerdeführer bei der Beschwerdestelle des Kriegsausschusses war, und da er vor Entscheidung des Kriegsausschusses die Arbeit verlassen hat, wird die Firma ersucht, den Mann zunächst bis zur Entscheidung des Kriegsausschusses wieder einzustellen, und zwar muß diese Einstellung zu denselben Bedingungen wie vordem erfolgen. Weigert sich die Firma, den Mann wieder einzustellen und verzögert sie damit also auf die Arbeitskraft des Beschwerdeführers, dann muß sie den Kriegsausschuß sofort anstellen. Steht die Firma den Mann wieder ein, muß der Mann bis zur Entscheidung des Kriegsausschusses weiterarbeiten, und beide Parteien erscheinen dann zur Verhandlung vor dem Kriegsausschuß, um den Differenzfall zu erledigen. Das Weiterarbeiten bis zur Entscheidung des Kriegsausschusses hat das Gute, daß einmal nicht unnötigerweise eine Arbeitskraft mehrere Tage brach liegt, und außerdem lehrt die Erfahrung, daß eine Verständigung, die vorher nicht möglich war, nun häufig erfolgt, so daß des öfteren vor der Entscheidung des Kriegsausschusses die Sache erledigt ist.

Die beklagte Firma wird von der gegen sie vorliegenden Beschwerde, die vor dem Kriegsausschuß verhandelt werden soll, in folgender Weise benachrichtigt:

Da in jeder Woche eine Sitzung stattfindet, so werden alle Beschwerdefälle, die sich bis Montagabend jeder Woche angehäuft haben, der Zentrale des Kriegsausschusses übermittelt. Die Zentrale stelle benachrichtigt nun die Firmen, so daß diese genügend Zeit haben, sich spätestens Mittwoch über den gegen sie vorgebrachten Beschwerdefall zu informieren.

Donnerstag früh beginnt dann die Erledigung der einzelnen Fälle. Bis jetzt haben sich bei dieser Handhabung noch keinerlei Schwierigkeiten gezeigt, so daß eine Erweiterung der Ausführungsbestimmungen als nicht notwendig betrachtet werden kann.

Am der Hand der Tatsache, daß nach dieser Methode, die die denkbar schnellste Erledigung jedweder Differenz ermöglicht, mehrere tausend Differenzfälle glatt erledigt wurden, darf man wohl sagen, daß eine Vermehrung der Normalitäten, oder doch wenigstens eine erhebliche Vermehrung der Normalitäten für die Erledigung der Differenzen nur vom Hebel ist.

Bei den Verhandlungen tragen die Parteien ihre Meinungen von dem Sachverhalt vor, und der Ausschuß sucht, wenn notwendig, durch Fragestellung den genauen Sachverhalt zu ergründen. Es ist seit jeher kein Vortreiben gewesen, vermittelnd zu wirken, was sich als durchaus zweckentsprechend herausgestellt hat. Eine Vermittlung ist immer dann besonders angebracht und meistens von Erfolg gekrönt, wenn es sich um Vorklagen handelt. In solchen Fällen ist es dem Arbeitnehmer ja weniger darum zu tun, unter allen Umständen einen anderen Arbeitgeber zu bekommen, als vielmehr darum, mehr zu verdienen, um einen der gegenwärtigen Forderung angemessenen Verdienst zu haben.

Sehr viele sonstige Fälle können auch vor dem Kriegsausschuß, deshalb verhältnismäßig leicht durch Vergleich beendet werden, weil durch Verhandlungen im Betrieb Mißverständnisse beseitigt werden, die durch die mündliche Aussprache im Kriegsausschuß geklärt werden. Aus diesem Grunde ist auch der größte Wert auf mündliche Aussprache der Parteien zu legen, die durch nichts ersetzt werden kann. Alles nebensächliche Schriftwert muß vermieden werden. Auf vorgedruckten Formularkarten werden die vorgelegenen Antworten ausgefüllt und diese Karten zu einer Mappe zusammengeheftet. Damit ist ausreichend geschehen, um jeden Fall später nachzusehen zu können.

Der Vergleichsvorschlag und eventuell auch die Entscheidung des Kriegsausschusses wird den Parteien mündlich vorgelesen. Eine schriftliche Ausfertigung erfolgt nicht. Es hat sich das als durchaus unnötig erwiesen. Nur in sehr, sehr wenigen Fällen war eine nachträgliche Klarstellung nötig, wenn die eine oder andere Partei die Stellungnahme des Kriegsausschusses anders auslegen wollte als wie sie tatsächlich erfolgt war. Diese wenigen Fälle konnten auf Grund der Notizen auf den Marktbeständen leicht geregelt werden, so daß man wohl sagen darf, die einfache Art der mündlichen Bekanntgabe des Vergleichsvorschlages oder Urteils ist als ausreichend allgemein zu empfehlen; sie wird ganz wesentlich zur schnellen Erledigung der Differenzfälle beitragen und darauf ist der größtmögliche Wert zu legen.

Die einzelnen Beschwerden werden bei der Zeit nach so eingeteilt, daß für jeden Fall etwa 15 Minuten vorgelesen sind. Damit ist auch, sobald die Ausschüsse sich einige Routine angeeignet haben, auszukommen. Dadurch wird ermöglicht, daß man beispielsweise im Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins an einem Verhandlungstage durchweg 30 Sachen erledigen kann, eine Leistung, an die kein anderes Gericht, sei es Gewerbegericht oder sonstiges Gericht, herankommt. Die Gewerbegerichte Berlins, die wohl in bezug auf Zahl der an einem Tage zu erledigenden Fälle mit an erster Stelle stehen, bringen es auf 15 bis 16 erledigte Sachen pro Tag. Dann dauert aber die Verhandlung auch 6 bis 7 Stunden. Die gleiche Zeit braucht der Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins, um die doppelte Zahl von Differenzfällen zu erledigen. Es sind auch schon bei einfacher Klärung des Kriegsausschusses bis 40 Fälle erledigt. Da es aber auch schon vorgekommen ist, daß bis zu 70 Differenzfälle in einer Woche angemeldet wurden, und dieses ja bereits 18 Stunden vorher festzustellen ist, genügt diese Zeit, um sich über die Art der Erledigung der übergroßen Zahl von Fällen für die betreffende Woche zu verständigen. Das geschah in der Weise, daß der Ausschuß in zwei Stammern lagte. Es wurden noch einige weitere Arbeitnehmer und Arbeitgebervertreter herangezogen, und damit war die Möglichkeit geschaffen, zwei Stammern zu bilden, die sich dann in die Zahl der zu erledigenden Fälle teilten, so daß in der sonst üblichen Tagungszeit auch die ausnahmsweise große Zahl von Differenzfällen glatt erledigt werden konnte.

Diese Art von Maßnahmen gegenüber plötzlich auftretenden Schwierigkeiten ist allerdings nur möglich, wenn man den Ausschüssen bezüglich der praktischen Erledigung möglichst auftauchende Schwierigkeiten etwas Spielraum läßt und sie nicht durch formale Vorschriften in unpraktische Strafen schränkt, womit die Ausschüsse gehindert werden, sich den Bedürfnissen entsprechend praktisch zu betätigen.

Im Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins ist es nach dem Statut auch möglich, daß der Beschwerdeführer sein eigenes Sprecherecht mitbringt. Viel Gebrauch ist von diesem Recht nicht gemacht worden, und in den verhältnismäßig wenigen Fällen, wo dies doch geschah, hat sich das Mitbringen eines solchen Sprechereis als unnötig und überflüssig erwiesen, denn was der Beschwerdeführer nicht in seiner Einleitung sagte, wird durch Fragen der Mitglieder des Kriegsausschusses leicht festgestellt, so daß der Sachverhalt sehr schnell geklärt wird. Langatmige Reden zur Begründung wie zur Bekämpfung der Forderung sind überflüssig und nehmen eine unnötigerweise Zeit weg.

Zusammengefaßt sind für diese präzis Erledigung der Aufgaben, die den Zahl-Abteilungsausschüssen zugewiesen sind, folgende Grundfäden:

1. Genau Information der Arbeitnehmer. Damit können unnötige Beschwerden vermieden werden.
2. Genau Information der Arbeitgeber, da diese vielfach glauben, daß das Gesetz für ihre persönlichen Interessen immer gemacht werden kann.
3. Vermeidung alles unnötigen Schriftwerks.
4. Möglichst einfache Art für die Anbringung der Beschwerden.
5. Unter allen Umständen mündliche Verhandlungen.
6. Nur mündliche Verhandlung des Entscheides und des Vergleichsvorschlages des Ausschusses.
7. Auch die Begründung des Entscheides und des Vergleichsvorschlages braucht vom Ausschuß nur mündlich gegeben werden.
8. Bekämpfung der Ausschüsse durch Personen, die genügend Sachkenntnis und einen praktischen Sinn für die Bedürfnisse des täglichen Lebens haben.

Adolf Schöner.

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Kriegs-Teuerungszulage.

Meißen. In der Stadtratssitzung vom 10. Januar 1917 führte Adjunkt Hoffmann aus: Die Kriegsteuerungszulagen in ihrer derzeitigen Höhe werden auf Grund eines Stadtratsbeschlusses vom 11. September 1916 ab 1. Oktober 1916 gewährt. Obwohl nun diese Zulagen verhältnismäßig seit kurzer Zeit gewährt werden, ist unübersehbar davon in dieser Zeit eine weitere erhebliche Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung eingetreten, so daß eine Neuregelung zweifellos am Platze ist. Auch der hiesige Staat hat in letzter Zeit eine diesbezügliche Neuregelung bzw. Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen seiner Arbeiter und Beamten vorgenommen. Für das Bürgermeisteramt bestand deshalb alle Veranlassung, einen Antrag auf Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen einzubringen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Staats- und Bauausschusses wurde der Antrag des Bürgermeisteramts eingehend beraten und fand einstimmige Annahme. Der gemeinsame Antrag des Haupt- und Bauausschusses, der einstimmig erfolgte, hebt folgende Neuregelung der Kriegsteuerungszulagen an städtische Arbeiter und Beamte mit Wirkung vom 1. Januar 1917 her: A. Die Kriegsteuerungszulage an städtische Arbeiter und städtische Beamte im Dienst. Vorbehaltlich der Zustimmung in Ziffer 1 wird die Kriegsteuerungszulage den Arbeitern und Beamten gewährt, deren Lohn oder Gehalt 400 Mk. und, sofern sie ledig, verwitwet oder geschieden ohne Kinder unter 15 Jahren sind, 2000 Mk. im Jahre übersteigt. Sie beträgt: 1. für Ledige, dann für Verwitwete oder Geschiedene ohne Kinder unter 15 Jahren: bei den Arbeitern 3 Mk. die Woche, bei den Beamten 136 Mk. das Jahr; 2. für Verheiratete ohne Kinder unter 15 Jahren: bei den Arbeitern bis einschließlich 2500 Mk. Gehalt 4 Mk. die Woche, bei den Beamten bis einschließlich 2500 Lohn bzw. Gehalt 208 Mk. das Jahr, bei den Arbeitern von 2500 bis einschließlich 4200 Mk. Lohn bzw. Gehalt 250 Mk. die Woche, bei den Beamten von 2500 bis einschließlich 4200 Mk. Lohn bzw. Gehalt 190 Mk. das Jahr; 3. für jedes Kind der Verheirateten, Verwitweten und Geschiedenen unter 15 Jahren bei den Arbeitern 150 Mk. die Woche, bei den Beamten 78 Mk. das Jahr. Ledige und Frauen, die Familien-erwerb haben, werden wie Verheiratete behandelt und erhalten gegebenenfalls auch die Minderzulage. Soweit das jährliche Einkommen mit Einschluß des Jahresbetrags der Beiträge die Summe von 4000 Mk. übersteigen würde, wird die monatliche Beihilfe um den Mehrbetrag gekürzt. Arbeiter und Beamte, deren jährliches Einkommen einen der Höchstbeträge von 2000, 2500 oder 4200 Mk. übersteigt, dürfen sich im ganzen nicht schlechter stellen, als wenn ihr Einkommen diesen Höchstbetrag nicht übersteigen würde. B. Die Kriegsteuerungszulage für Arbeiter und Beamte im Ruhestande und für deren Hinterbliebenen. Wie bisher Stadtratsbeschluss vom 28. April 1916) ohne Änderung. - Allgemeine Bestimmungen: Als Beamte im Sinne dieses Beschlusses sind anzusehen auch das ständige Beamtenbüroverpersonal und das Verpersonal, Arbeiter und Beamte, die nur ausübungsweise oder vorübergehend eingestellt sind, erhalten keine Kriegsteuerungszulage. Ebenso nicht Arbeiter und Beamte, die zum Kriegsdienst eingezogen sind. Die Kriegsteuerungszulagen sind stets rückwirkend und eintreten spätestens 90 Tage nach Kriegsende. Ueber die eintretenden Ausgaben ist besondere Rechnung zu führen. Die Ausgaben sind auf die Nebeneinkünfte „Wittweg“ zu verrechnen. Alle bei dem Vollzuge dieses Beschlusses sich ergebenden Streitfälle werden vom Bürgermeister im Benehmen mit seinen Stellvertretern endgültig entschieden. - Einstimmig stimmte der Stadtrat den Beschlüssen zu. Anschließend an diesen Beschlus wird unter Aufhebung der diesbezüglichen Beschlusfassung vom 14. September 1916 mit Wirkung vom 1. Januar 1917 beschlossen, den ausübungsweise oder vorübergehend eingestellten Arbeitern, die von der Kriegsteuerungszulage ausgeschlossen sind (dies sind alle Arbeiter, die weder ständig noch ständig unständig im Sinne der Arbeitsordnung sind), für die Dauer des Krieges eine Lohnzulage von 10 Pf. (je ein Pfennig) für die Arbeitsstunde zu gewähren.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Berlin. Am 25. Januar d. J. hielt die Filiale Groß-Berlin der Generalversammlung ab. Auf Antrag wurde der 1. Punkt: „Wahl- und Mitteilungsbericht vom 1. Quartal 1916“ sowie der 2. Punkt: „Tagungsordnung: Neuwahl der Kreisverwaltung zurückgestellt und dafür der 3. Punkt: „Der jetzige Stand der Teuerungszulagen und die Verteilung von Nahrungsmitteln an die städtischen Arbeiter in Berlin“ an die erste Stelle gesetzt. Der Bevollmächtigte, Kollege Münter, berichtete eingehend über den gegenwärtigen Stand der Teuerungszulagen wie Kriegslohnzulagen in den Groß-Berliner Gemeinden. Dem energischen Vorgehen der Kommission ist es gelungen, in verschiedenen städtischen Betrieben der Stadt Berlin annehmbare Erhöhungen der Teuerungszulage bzw. Kriegslohnzulagen durchzusetzen. So erhielten die Arbeiter der

städtischen Wasserwerke ab 1. November, die der Gaswerke ab 15. November, eine weitere Kriegslohnzulage von 10 Pf. pro Stunde. Das gleiche gilt auch für die Schlachthofarbeiter. In den städtischen Elektrizitätswerken wurden die 10 Pf. pro Stunde den zur Gruppe Schwerarbeiter zählenden Kollegen gewährt, der übrige Teil der Arbeiter dieses Betriebes erhielt 5 Pf., die dann um 2 1/2 Pf. auf 7 1/2 Pf. erhöht wurden. Für die Arbeiter der Manufakturwerke gelang es, die Nachzahlung von 40 Pf. pro Tag durchzusetzen, die in den anderen städtischen Betrieben den Arbeitern bereits ab 1. Juni 1916 gewährt wurden. In der Straßenreinigung kommen die 40 Pf. pro Tag leider erst ab 1. September 1916 zur Auszahlung und dort neben den allgemeinen Teuerungszulagen. Einige Betriebe, wie Parkverwaltung, Wartbahnen, Steinpläne und Friedhöfe sind bei der letzten Erhöhung der Kriegslohnzulage zurückgeblieben. Es gilt dort das, was die übrigen Arbeiter erhalten, gleichfalls durchzusetzen. Die Erhöhung der allgemeinen Teuerungszulagen für die Stadt Berlin erfolgte ab 1. Dezember und zwar von 15,- auf 25,- Mk. pro Monat, zugleich 5,- Mk. für jedes Kind. Von der Kreisverwaltung ist an den Magistrat der Antrag gestellt, daß den Familien der zum Desertionisten eingezogenen städtischen Arbeitern die Teuerungszulagen auf ihre Bezüge angerechnet werden. Ferner auch der Antrag, daß den Familien der städtischen Arbeiter die erhöhte Reichsunterstützung gewährt wird. Ein Bescheid darüber liegt noch nicht vor. Auch in den Vororten Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg ist es gelungen, die Teuerungszulagen bzw. Kriegslohnzulagen und zwar generell zu erhöhen. Besondere Schwierigkeiten waren in Neukölln zu überwinden. Es gelang schließlich auch, für die Arbeiter in den Neuköllner städtischen Betrieben Kriegslohnzulagen von 75 Pf. pro Tag durchzusetzen. Besonders vorteilhaft gestaltete sich die Teuerungszulage der Stadt Lichtenberg hervor, wo die Arbeiter pro Monat 36,- Mk. zuzüglich 6,- Mk. pro Kind erhalten.

Neben der Erhöhung der Teuerungszulagen ist die Kreisverwaltung auch für die Versorgung der städtischen Arbeiter mit Nahrungsmitteln bei den städtischen Behörden lebhaft eingetreten. Einzelne Betriebsverwaltungen der Stadt Berlin haben hin und wieder etwas abgegeben. Zum Beispiel Gemüse, Kartoffeln, Fett, etc. Es fiel aber wenig ins Gewicht. Unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung und auf die dadurch bedingte Schwächung der Arbeitskraft hat die Verwaltung einen Antrag an den Oberbürgermeister gerichtet, der dringenden Frage der Versorgung der städtischen Arbeiter mit Nahrungsmitteln Beachtung zu schenken und dafür zu sorgen, daß möglichst bald in allen städtischen Betrieben Lebensmittel zu angemessenen Preisen an die Arbeiter zur Verteilung gelangen. Infolge des Schreibens an den Oberbürgermeister erhielt Münter eine Einladung zur Besprechung mit dem Magistratsrat Heintzel. Dieser vertrat im Sinne der vorgebrachten Wünsche zu wirken. Demnach übermittelte er Münter eine Erklärung des Stadtrats Simonson, des Vertreters des städtischen Lebensmittelamts, die etwa dahin ging: Die nichtkontingierten Lebensmittel erhalte die Stadt zur Verteilung an die Allgemeinheit auszuweisen. Es lasse sich darum nicht eine besondere Klasse der Bevölkerung oder eine besondere Gruppe von Arbeitern bevorzugen. Alle städtischen Betriebsleitungen seien aber angewiesen worden, alle Arbeitergruppen darauf zu prüfen, wie weit sie unter den Begriff Schwerarbeiter fallen. Diesen sollen dann, wie in den Betrieben der Schwerindustrie, die Nahrungsmittel zugewiesen und auch die Bezüge aus der sogenannten Spendenkasse gewährleistet werden. Es erhielten bereits in den städtischen Elektrizitätswerken 320 Mann und in den Gaswerken 1000 Mann die erhöhten Rationen. - Mit Rücksicht auf diese Erklärung erachtete Münter es für notwendig, daß die Kollegen schleunigst in allen Betrieben bei ihren Betriebsleitungen durch Kommissionen oder durch die Arbeiterausschüsse nachhelfen, damit alsbald eine Nachprüfung stattfindet.

Nach einer lebhaften Debatte, in der manche Mißstände vorgebracht wurden, nahm die Versammlung einstimmig folgende Erklärung an:

„Die Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erkennt die Bemühungen der Kreisverwaltung, für die städtischen Arbeiter in der jetzt so schwierigen Frage der Ernährung Erleichterung zu schaffen, voll und ganz an. Dagegen nehmen die Versammelten mit Befriedigung Kenntnis von der Erklärung des Magistrats, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Betriebe bei der Zuweisung von höheren Rationen den Arbeitern der privaten Betriebe gleichgestellt werden sollen. Von den einzelnen Betriebsleitungen erwarten wir, daß sie mit Hilfe der Arbeiterausschüsse, und wo solche nicht vorhanden sind, mit von den Arbeitern gewählten Vertretern so schnell wie möglich in die Prüfung der Frage eintreten, welche Gruppen von Arbeitern als Schwerarbeiter zu gelten haben. Wir erwarten ferner, daß die Prüfung unter gerechter Würdigung der tatsächlichen Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter vor sich geht und daß die Verbesserung der Ernährungsration alsdann schleunigst erfolgt wird.“

Für den Fall, daß in angemessener Zeit eine betriebliche Regelung dieser Angelegenheit nicht erfolgt ist, beauftragen wir eine Kommission, bestehend aus 6 Vertretern der städtischen Arbeiter und einem Vertreter der Kreisverwaltung beim Oberbürgermeister persönlich vorzulegen zu werden und dort um Abhilfe zu eruchen. Zum 2. Punkt erlediigte Kollege Münter kurz den Geschäfts-

bericht. Infolge Einziehens des Kollegen Scharlau zum Seeresdienst sind die Arbeitskräfte im Ortsbureau demnach geschwächt, daß es der größten Anstrengungen der noch übriggebliebenen Angestellten bedarf, um die sich immer mehr anhäufenden Arbeiten zu erledigen. Müntner bittet die Mitglieder um größtmögliche Unterstützung und Nachsicht, wenn es künftig nicht möglich sein sollte, alles so pünktlich zu erledigen.

Den Massenbericht gab Kollege Hoffmann. Die Kassa lief schlecht ab mit einem Bestand von 53.501,46 Mk., gegenüber dem 3. Quartal 1916 38.541 Mk. weniger. Der Mitgliederbestand beträgt am Schlusse des Quartals 1764 Mitglieder und zwar 1062 männliche, 706 weibliche und 3 jugendliche, was gegenüber dem 3. Quartal ein Mehr von 29 Mitgliedern bedeutet. Zum Seeresdienst eingezogen sind am Schlusse des Quartals (1879) gezählt worden. Im Laufe des Quartals sind 230 Mitglieder zum Seeresdienst eingezogen worden. Neu eingetreten sind im Quartal 301 männliche und 278 weibliche Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat: Bevollmächtigter Müntner, Kassierer Hoffmann, Agitationsleiter Scharlau, Namrowski und Frauen Friedrich. Beisitzer wurden: Ullrich, Krüger, Graef, Kraum, Bert, Preitloff, Rug und Töberlein. Als Revisoren wurden Stramm, Molaw und Jelfe und als Revisor der Hauptkasse Otto gewählt.

Unter dem 4. Punkt: Verbandsangelegenheiten wurde ein Antrag gestellt, der Vorwärtsdruckerei keine Druckarbeiten mehr zu übergeben. Dieser Antrag wurde nach kurzer Aussprache von der bereits stark gelächelten Versammlung abgelehnt.

Frankfurt (Oder). In zwei Versammlungen nahmen die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung zu den jetzigen Löhnen der Frankfurter städtischen Arbeiterschaft. Bei der Straßenreinigung werden den männlichen Arbeitern 23 30 Pf., den Frauen 22 Pf. Stundenlohn gezahlt. Die Arbeiter des Bauamtes bekommen Stundenlöhne von 27—35 Pf. Eine Feuerungszulage wird allerdings auch gezahlt, nur weiß kein Mensch in welcher Höhe, da Arbeiter mit gleichem Familienstand ungleiche Feuerungszulage erhalten. Die Beamten der Stadt erhielten zu Weihnachten für sich 100 Mk., für die Frau 50 Mk. und für jedes Kind 30 Mk. Weil es den städtischen Arbeitern anscheinend zu gut geht, gingen diese leer aus. Mein Wunder, denn die städtischen Arbeiter verlassen sich seit Jahren auf das Wohlwollen der vorgesetzten Behörde. Wohin das führt, beweisen die obengenannten Löhne. Beschlossen wurde nun, eine Lohn-erhöhung von 15 Pf. pro Stunde zu fordern. Der Stadtverordnetenversammlung hat unsere Eingabe vorgelesen. Sie wurde dem Magistrat zur schleunigen Erledigung überwiesen. Für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen sollte das aber nicht bedeuten, die Hände in den Schoß zu legen und der Dinge zu warten, die da kommen sollen, sondern es muß heißen: die vielen Kollegen, die der Organisation noch fernstehen, nun auch für den Verband zu gewinnen. Nur im Zusammenklug liegt die Kraft, nur so kommen auch die Frankfurter städtischen Arbeiter zu ausreichenden Löhnen.

Hürtenwalde (Spreewald). Die Gauleitung hatte im September 1916 an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe geschickt, worin um 20 Prozent Lohnzulage gebeten wurde. Der Finanzausschuß unterbreitete dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung nun einen Vorschlag, wonach im Durchschnitt allen städtischen Handwerkern und Arbeitern 25 Prozent der Friedenslöhne als Kriegszulage gewährt werden sollten. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschloßen demgemäß. Damit hatten wir den Zustand, daß gerade die Gaswerks- und Kanalisationsarbeiter, die die schwerste Arbeit zu verrichten haben, leer ausgingen; denn deren Löhne waren durch die Tätigkeit der Organisation schon um mehr wie 25 Prozent erhöht. Die Kollegen beschloßen in einer Betriebsversammlung, sich nicht so einfach abweisen zu lassen. Der Gewerkschaftler wurde vorstellig beim Gasdirektor und Delegierten und nun erhielten auch die Gaswerk- und Kanalisationsarbeiter 5 Pf. pro Stunde Lohnzulage. Seit Kriegsausbruch ist der Lohn der Feuerbauarbeiter von 4,20—4,40 Mk. auf 6,50 Mk., der Kanalisationsarbeiter von 35 Pf. auf 55 Pf., der Kohlleger von 58 Pf. auf 75 Pf. und der Maurer von 62 Pf. auf 72 Pf. gestiegen. Zu bedauern ist nur, daß die Parkarbeiter und Straßenreiner an Erfolgen teilhaben, die die organisierten Arbeiter erreicht haben. Ob sich die Unorganisierten nicht schämen, Vorteile einzustechen, an denen sie unschuldig sind?

März. Am 13. Januar fand in der „Rigercshänfe“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Unser Vorsitzender Prose erläuterte den Jahresbericht. Er erläuterte die Vorgänge in unserer Filiale und wies auf die Erfolge hin, die wir trotz unserer schwachen Organisation hier in Götting im Vorjahre erzielt haben. Es sind: Bildergewährung von Sommerurlaub, Erhöhung der Feuerungszulage und eine Lohnzulage. Wenn auch das alles noch viel zu wünschen übrig läßt, so liegt es daran, daß die Mehrzahl der städtischen Arbeiter es immer noch nicht eingesehen hat, daß nur durch eine feste Organisation etwas zu erreichen ist. Zum Schluß erwähnte Redner die Kollegen, daß alle unermüdet arbeiten müssen, damit wir stark sind, um in den schweren Kämpfen, die uns bevorstehen, durchzuhalten. Er hofft, daß ein jeder vor uns bestrebt sein wird, dem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Darauf gab unser Kas-

sierer Anders die Abrechnung vom 4. Quartal. Sie wies eine Einnahme von 59.000 Mk. und eine Ausgabe von 200.500 Mk. auf; mithin bleibt ein Kassenbestand von 33.133 Mk. Die Jahresabrechnung wies eine Einnahme von 1191.75 Mk. und eine Ausgabe von 792.62 Mk. auf. Es wurden nun sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Als Vorsitzender Kollege Prose, Kassierer Anders, Schriftführer Jacobi. Von den Beisitzern wurde einer neu und einer wiedergewählt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils sprach unser Vorsitzender den Wunsch aus, daß doch endlich die städtischen Arbeiter einsehen würden, wozu sie gehören, nämlich in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

München. Am 21. Januar hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab, die stark besucht war. Kollege Weiß stellte fest, daß im abgelaufenen Jahre nicht weniger als 58 Mitglieder mit Tod abgegangen sind, davon 16 im Kriege. Die Versammlung erbat das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Dem hierauf vom Kollegen Vossl erstatteten Massenbericht war zu entnehmen, daß die Jahreseinnahmen 68.294,21 Mk. betrugen, denen eine Gesamtausgabe von 45.161,11 Mk. gegenüberstand, so daß der reine Kassenbestand am Ende des Jahres 193.228,33 Mk. betragen hat. Von den Gesamtausgaben entfielen an Unterstützungen 19.813 Mk. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1916 zusammen 1850; außerdem haben 722 Mitglieder beim Seeresdienst, so daß der Gesamtmitgliederstand 2622 beträgt. Dieses Ergebnis konnte als ein durchaus erfreuliches bezeichnet werden. Kassen- wie Revisionsbericht wurden beifällig und ohne Debatte entgegengenommen. — Ueber die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Jahre berichtete sodann Kollege Weiß. Redner wies auf die im letzten Jahre erfolgten allgemeinen wirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hin, die als sehr einschneidend zu betrachten seien. Obwohl auf der einen Seite die Lebensmittel weiter zum Teil nicht unerheblich gekürzt wurden, konnte dennoch von einer Verbilligung der Lebensmittel keine Rede sein, da andererseits die bestehenden Höchstpreise Erhöhungen erfahren haben und insbesondere aber die Bedarfsartikel ganz unheimlich im Preise gestiegen sind. Temzufolge mußte auch die Tätigkeit fast ausschließlich auf die Verbesserung der Einkommensverhältnisse durch Gewährung und Erhöhung von Feuerungszulagen gerichtet sein. Für die städtischen Arbeiter mußte 1916 zweimal um Erhöhung der Feuerungszulagen eingegangen werden; desgleichen bei den Militärarbeitern. Weitere Erhöhungen wurden notwendig für die Arbeiter der Stadt Kasing und für das technische Personal der Spl. Postbeater. Für die Feldwegarbeiter konnte eine tägliche Lohn-erhöhung von 50 Pf. erreicht werden; weitere Zulagen außerdem für die Arbeiterinnen im Aufzugsdienst und für die Arbeiter im Spl. Landbauamt. Von den übrigen im allgemeinen Interesse liegenden Bewegungen seien nur die Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnauszahlung beim Stadtbaumamt, Erholungsurlaub an die zurückkehrenden Arbeiter usw. betont. Das Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung konnte nicht berücksichtigt, über die Lohnauszahlung beim Stadtbaumamt liegt bis heute noch keine Entscheidung vor, obwohl die verlangte Regelung schon sehr alt ist und wiederholt aufgetrieben wurde; auch hinsichtlich des erbetenen Urlaubes für die heimkehrenden Arbeiter hat die Verbandseitung bis heute noch keine Mitteilung erhalten. Es wäre schon zu wünschen, daß man solche wichtige Anträge mit etwas mehr Beschleunigung verbescheiden würde; auch kann man damit nicht einverstanden sein, daß der Antrag der städtischen Pfahlerer — unseres Erachtens doch kein so arg schwierige Sache — nicht auf ein volles Jahr verschoben wurde. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit wendete die Verbandseitung der erhöhten Lebensmittelzufuhr an die Arbeiterschaft zu. Verschleudert sind auf diesem Gebiete zwar Verbesserungen eingetreten; doch gibt es noch verschiedene Gruppen, wo man zwar ebenfalls von der Notwendigkeit einer Eingabe um Mehrzuweisung an Lebensmittel überzeugt ist; doch lassen es einzelne Spartenverbände scheinbar an dem nötigen Nachdruck fehlen. Hier würde also etwas intensiveres Auftreten, das man doch sonst auch den Arbeitern gegenüber stets hat, durchaus nicht schaden. Erwähnenswert: sind auch die hiesigen gefundenen Tarifbewegungen im Gärtner- und Volkstheater sowie bei der Schulhausreinigung; sämtliche Bewegungen endeten mit Tarifabschluß unter entsprechenden Verbesserungen für die Beteiligten. Alle diese Arbeiten sowie die hier nicht aufgeführten Vorstellungen für die einzelnen Betriebe erforderten 107 Betriebs- und Spartenversammlungen, 4 Vertrauensmännerkonferenzen, 9 Sitzungen der Ortsverwaltung und 10 Termine vor dem Gewerbeamt; außerdem waren an persönlichen Vorstellungen bei Behörden 38 notwendig. Diese Fülle von Arbeit zeigt die Notwendigkeit einer starken Organisation ohne Zweifel. Nicht unerwähnt ließ der Referent zum Schluß auch noch die Arbeiten auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge, die ebenfalls ganz bedeutende genannt werden können. — An den Geschäftsbericht schloßen sich die Neuwahlen der Ortsverwaltung und der Revisoren an, die im wesentlichen keine besonderen Änderungen ergaben. Als letzten Tagesordnungspunkt behandelte Kollege Weiß dann noch die Feuerungszulagenerhöhung nach den jüngsten Beschlüssen des Magistrats. Das Resultat zeigt nicht die notwendige völlige Durchführung der vom Verbands gestellten Anträge. Die Leistungen bleiben durchaus bei 1,50 Mk. im Monat zurück, was für die Arbeiterschaft durchaus nicht belanglos ist, da sie ohnehin ihre Forderungen auf das Mindestmaß herabgesetzt hatten. Auch sei nicht unerwähnt, daß andere deutsche Städte mit den

Teuerungszulagen vielfach weiter gegangen sind als München. Besondere Dank gebührt der sozialdemokratischen Mathausstraktion, die im Magistrat nochmals versucht hat, den Antrag des Verbandes neuerdings durchzugeben. Als wohltuend an der neuen Regelung wirkt der Wegfall einer Einkommensgrenze; dadurch können nun alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Teuerungszulagen erhalten, soweit sie auf Grund der Bestimmungen hierzu berechtigt sind. Ganz allgemein bringen die städtischen Arbeiter zum Ausdruck, daß sie die neuerliche Erhöhung der Teuerungszulagen sehr wohl anerkennen und zu würdigen wissen, wenn sie auch unseren Anträgen nicht voll entsprechen. Es wird aber von der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängen, welche Dispositionen die Verwaltungsleitung künftig zu treffen hat. Nicht unterdrücken können wir das Gefühl, das uns durch die Ablehnung unseres sehr wohl begründeten Antrages auf Befreiung des Beschlusses hinsichtlich der Zahlung und Kürzung der Teuerungszulage in Krankheitsfällen befallen hat. Es wäre gerade von der am niedrigsten entlohnten Arbeiterkategorie als wohltuend empfunden worden, wenn ihnen bei Krankheit — wo die Ausgaben an sich doch höhere sind — nicht ganz beträchtliche Minderungen an den Teuerungszulagen gemacht worden wären; die Stadtgemeinde wäre daran sicher nicht zugrunde gegangen, andererseits aber wäre den Arbeitern geholfen gewesen. Es ist zu hoffen, daß im Gemeindefolkium die Sache nochmals aufgearbeitet und behandelt wird. Die Versammlung erklärte sich nach längerer Diskussion mit den Darstellungen des Referenten einverstanden. Die noch vorhandenen Punkte betrafen interne Verbandangelegenheiten, nach denen die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß fand.

Schweinfurt. Unsere Generalversammlung fand am 21. Januar im Lokal „Zur bl. Mode“ statt. Magistratsrat Säckler hielt einen interessanten Vortrag über den „Bayerländischen Pilsbier“, der mit gutem Beifall aufgenommen wurde. Kollege R. Wetz erkrankte den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Filiale auch im vergangenen Jahre wieder reichlich zu arbeiten hatte. Drei Eingaben an den Stadtmagistrat bzw. Bauamt wurden gemacht. Zwei davon betrafen die Erhöhung der Teuerungszulage, eine die Gewährung eines Vorvorzuschusses zum Einkauf von Kartoffeln. Die Abrechnung ergab folgendes Bild: Der Bestand bei der letzten Abrechnung betrug 20,68 RM., 1100 Wochenbeiträge zu 50 Pf., Wochenbeiträge zu 40 Pf. 26,90 RM., 9 Beiträge zu 15 Pf. gleich 1,35 RM., sonstige Extrabeiträge der Filiale 4,50 RM., gleich 1107,83 RM. Die Ausgaben beliefen sich auf 83,32 RM. Für Krankenunterstützung wurden 153,76 RM. ausgegeben. An den Hauptvorstand wurden für das 4. Quartal 280,30 RM. abgeführt. An den Hauptvorstand gingen in Leistungen für das 4. Quartal 153,75 RM. ab, bleibt ein Filialfondsbestand von 590,40 RM. Am Ende des vorigen Quartals hatten wir 83 männliche Mitglieder, einen Jugenda, somit im ganzen 84 Mitglieder, von diesen wurden weitere vier eingezogen, bleiben 80. — 31 Kollegen befinden sich im Desertendienst. Die Abrechnung gab im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gesamtverwaltung ein erfreuliches Resultat. Die Kenntnis des Vorstandes für das Jahr 1917 wurde auf Vorschlag der Affirmation vorgenommen. Es wurden einstimmig wiedergewählt: Malpass Wetz als erster Vorsitzender, Johann Schäfer als stellvertretender, Georg Frey und als Schriftführer, die Kollegen Franz Meile und Georg Bedel, als Revisoren die Kollegen Anton Weber und Andr. Schneider; Martelldelegierte die Kollegen Joh. Schäfer und Gg. Bedel, Untertassierte Joh. Schäfer. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden verschiedene kleinere Angelegenheiten erörtert.

Diesbaden. Am 20. Januar fand im Gewerkschaftshause unsere Generalversammlung statt. Die Abrechnung des 4. Quartals wurde wie folgt bekanntgegeben: An Einnahmen waren mit allem Nebenbestand 3172,13 RM., an Ausgaben 1267,90 RM. vorhanden, so daß ein Restfondsbestand von 2204,23 RM. für das neue Jahr 1917 verbleibt. Kollege Seibel gab sodann einen kurzen dem Vorjahr entsprechenden Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er beruhte, daß nur vier Versammlungen notwendig geworden seien, aber desto mehr Sitzungen innerhalb des Vorstandes sowie auch gemeinsame Sitzungen mit dem Gewerkschaftsrat und der Stadtverordnetenfraktion wegen der Anträge an die Stadtverwaltung um Teuerungszulagen. Es sei wohl etwas herauszuheben dabei, aber den Teuerungsverhältnissen entsprechend noch nicht genügend. — Zur Neuwahl des Vorstandes wurde von der Versammlung gewünscht, daß die bisherigen Kollegen ihre Vorstandsämter weiter ausüben sollen, soweit es anständig ist. So wurde Kollege Seibel als Vorsitzender wiedergewählt. Die Hausangelegenheiten wurden Frau Schmidt weiter übertragen; als Schriftführer wurde Kollege Rudy und als Revisor die Kollegen Müller, Geier und Becker gewählt. Als Martelldelegierten die Kollegen P. Müller, Hermann und Philipp, als Martelldelegierten die Kollegen Rubin und Philipp aus der Wahl hervor. Als Entschädigung des Vorstandes wurden die bisherigen Sätze beibehalten. Eine rege Debatte entspann sich über die Teuerungszulage sowie die Lohnfrage. Dem Vorstand wurden verschiedene Anregungen zur weiteren Behandlung anbeigegeben, um in die Stadtverwaltung heranzutreten und weitere Lohn-erhöhungen zu fordern.

• **Rundschau** •

Jung sein. Im Kriege gilt die Jugend als die Blüte des Volkes. Da sind die Jugendlichen die brauchbarsten, da ist man stolz auf die Energie und Fähigkeit der Jungen unter uns. Kommt aber dann der Friede wieder, dann ist es aus mit dem ganzen Begeisterungsrausch über die jugendliche Kraft. Dann sind die Jungen wieder die Unreife und Unfähigen; leitend auf allen Gebieten des Lebens ist dann wieder das Alter, der graue Kopf, der sich seinen Posten genügend erweisen hat. Fähigkeit hat aber mit dem Alter nichts zu tun. Wohl wird mancher Durchschnittsmensch in späteren Jahren eine ernstere, lebensreifere Natur, der begabte Mensch, der Leistungsfähige hat seinen höchsten Schaffenswert in der Jugend. Das hat auch Goethe erklart, der nach als Greis der Jugend begeistert das Wort redete. Wäre ich ein Fürst, sagte er einmal zu Eckermann, so würde ich zu meinen erlenen Söhnen nie Leute nehmen, die bloß durch Geburt und Anciennität nach und nach heraufgekommen sind und nun in ihrem Alter in gewohntem Gleise langsam gemächlich fortgehen, wobei denn freilich nicht viel Geschickes jutage kommt. Junge Männer wollte ich haben — aber es müßten Spaziaten sein, mit Klarheit und Energie ausgerüstet, und dabei vom besten Willen und edelsten Charakter. Da wäre es eine Lust zu herrschen und sein Volk vorwärts zu bringen! Aber wo ist ein Fürst, dem es so wohl würde und der so gut bedient wäre! Zu solcher Produktivität der Werte gehört aber eine neue Weltanschauung, eine Anschauung über die natürliche Organisation aller Menschenkräfte zur weiteren Aufwärtsentwicklung, unserer Gedankenwelt. Vorwärts, aufwärts die Welt! Und daß es geschieht, dazu haben mitbestimmend zu sein die frischen lebendigen Geister, die begabten Dränger, die Menschen voll Seele und Leidenschaft. Sie alle gehören darum in unsere Reihen, bei uns finden sie Verständnis, bei uns freudige Anerkennung ihrer Werte und ein weites Gebiet zur Entfaltung ihrer geistigen und seelischen Kräfte. Jung sein, heißt aufleben und drängen und streben und fast hinausstürmen wollen über seine eigene Kraft. Dazu aber bietet die heutige Ordnung des Lebens keine Gelegenheit. Nur Ruhe, heißt es da, ihr jugendlich Unreife, achtet das alte, ehrwürdige Vesteheude. Wer sich entfalten will und übersiegen lassen will sein allzu volles Herz, der hat heute dazu allein die Möglichkeit im freien Kampfe für unser Ziel.

Siebenuhr-Lebensschluß. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, durch die er wünscht, daß der **Siebenuhr-Lebensschluß** auf die Lebensmittelpflichte ausgedehnt und auch für die Friedenszeit beibehalten wird. In der Eingabe wird ausgeführt, daß der **Siebenuhr-Lebensschluß** die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen verkürzt und daher aus sozialen Gründen nicht wieder beseitigt werden dürfte. Er sei auch für die Lebensmittelpflichte durchführbar, da ja die Lebensmittel gerade in der jetzigen Kriegszeit nicht erst abends, sondern an frühen Tagesstunden verkauft werden, weil das Publikum glaubt, daß in den späteren Tagesstunden die vorhandenen Lebensmittel ausverkauft sein könnten. Der dauernde **Siebenuhr-Lebensschluß** würde fernerhin eine Betriebskostensenkung für die Geschäftsinhaber mit sich bringen und auch infolgedessen von volkswirtschaftlichem Nutzen sein.

Die Volkspflege-Kriegsversicherungslosse ist in das neue Kriegsjahr mit einem Kapitalbestande von 406 005 RM. eingetreten. Es sind dafür 81 219 Anteilsscheine für 68 767 Kriegsteilnehmer ausgegeben. Die Summe hat sich bis zum 12. Januar auf 408 020 RM. erhöht. Nach den bis Ende Dezember 1916 gemachten Mitteilungen sind bis zu dieser Zeit im ganzen 1306 Kriegsteilnehmer als gefallen bzw. verstorben gemeldet, für die 2528 Anteilsscheine gekauft waren. Im Jahre 1916 allein wurde der Tod von 633 versicherten Kriegsteilnehmern mit 1235 Anteilsscheinen berichtet. Wenn auch jetzt noch anzunehmen ist, daß in einer erheblichen Zahl von Fällen die Hinterbliebenen die Anmeldungen bis jetzt unterlassen haben, so ist doch das Verhältnis der Todesfälle zu der Zahl der Versicherten trotz der langen Dauer und der Schärfe des Krieges noch nicht so ungünstig, daß nicht auf ein ganz respektables Ergebnis der Versicherung gerechnet werden könnte. Die Verteilung des Kapitals an die Hinterbliebenen kann bedingungslos und naturgemäß erst nach eingetretener Friedensschluß erfolgen, was bei der so langen Ausdehnung des Krieges in vielen Fällen, in denen finanzielle Mittel im Augenblick sehr mangelhaft sind, nicht angenehm ist. In solchen Fällen hat der Vorstand der Kriegsversicherungslosse gerne die nach § 5 Abs. 3 der Bedingungen zulässigen Abschlagszahlungen gewährt. Nach den Vereinbarungen mit dem Kaiserlichen Aufsichtsamt darf der fällige Betrag der Einzahlungen, bei uns also 25 RM. auf jeden Anteilsschein, ausbezahlt werden. Seit dem Bestande der Losse sind bis jetzt in 340 Fällen für 655 Anteilsscheine Aufschüsse gewährt worden im Gesamtbetrage von 16 390 RM., davon im Jahre 1916 allein 11 175 RM. für 159 Anteilsscheine in 220 Fällen. Die ungeborenen Waisen-

opfer, die der mit nie vorausgesehener technischer Gewalt geführte Krieg von unterer wie von allen daran beteiligten Nationen fordert, häufen sich immer mehr, und leider ist damit zu rechnen, daß trotz aller Friedensbemühungen Deutschlands zur Beendigung des Schlachtens, dieses Frühjahr das furchterliche Männermorden seinen Fortgang nehmen wird. Leider werden viele Tausende, die seither Etappen- und Garnisonsdienst leisteten, auch noch zum Frontdienst herangezogen werden und dadurch in höhere Lebensgefahr kommen. Auch für sie erhält die Kriegsversicherungskasse der Volkspflege eine erhöhte Bedeutung. Es sollte kein Familienvater die Garnison verlassen, ohne für seine Angehörigen wenigstens einen Anteilsschein der Kriegsversicherungskasse erworben zu haben. Geschieht dies aber doch, dann sollten die Zurückbleibenden sich die Beteiligung an dieser Kasse durch Versicherung des Ausmarschiereten sicherstellen. Wen das Unglück des Strages trifft, der wird sich dieser Vorsorge sicher freuen.

Der Soldat an die Erde.

Wir Soldaten
Müssen ganz der schirmenden Liebe entraten,
Stehen allein mit unserer Not in der Welt,
Denn kein Himmel baut um uns ein sicheres Zelt.
Du bist Du, heilige Erde gekommen
Und hast Dich mütterlich gezeigt,
Daß Dich liebend zu uns genügt,
Und uns in schützende Arme genommen.
Wir Soldaten sind im bitteren Todesstriebe
Nur Ziele.
Doch will der Tod auf uns Soldaten haften,
Streichen wir, Erde, in Deine Winkel und Falten,
Türken enggedrückt an Deinem Herzen liegen,
Nindern gleich, die sich in Mutter's Arm verschmiegen.
Erde, Du stellst Dich zwischen uns und den Tod,
Trägst unser Leid, fernst unsere blutige Not,
Lust ist uns Feind, der Himmel schickt keine Wehr,
Du aber stahst wie ein Schild zwischen Heer und Meer.
Alle mühen wir laugst in Schlacht und Blut ertrinken,
Fürsten wir nicht in Deinem duldbenden Leib versinken.
Heberall hast Du uns gebet.
Deine Wärme ist nicht mit Grenzen abgehebt,
Daß so oft unser Leben gerettet,
Daß so weich unsere Toten in Deinem Schoß gebettet.
Im wühlenden Graus
Hälst Du die Schläge des Todes ergeben aus,
Und Dein Herz ist von tausend Schwertern zerhackt.
Schmerzhafte Mutter, was hast Du mit uns und für uns gelitten!
Fahrt wollen wir auch Deine Wunde pflegen,
Wollen Dich gern als unsere heilige Mutter beugen,
Weißt uns nur gnädig bis auf den Tag geküßt.
Erde, ich bin Dein Kind!

Karl Bräger im „Zimplitz“.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Arbeiter Jugend“. Die sechsen erschiene Nr. 2 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Religionszwang in den Fortbildungsschulen? Von R. Zollmann. — Wein Degradation. Von Hans Dem; Cwars. — Zur Entwicklungsgeschichte der Kleidung. Von Hans Marckwald. — Adolf von Menzel. Von Eilfriede Schaefer. (Mit Abbildungen) — Wie wir arbeiten müssen, um vorwärts zu kommen. Von Paul Seife — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage.

Original-Einbanddecken

zusammen für
„Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“
Gediegene Ausführung in grünem staltolbezogen
Ladenpreis 1,50 Mark, für Mitglieder 1 Mark.

Gleichzeitig wird beigegeben das Inhaltsverzeichnis der „Gewerkschaft“ und der „Sanitätswarte“.
Bestellungen werden baldmöglichst an die Filialkassierer erbeten. Einzelmitglieder und Abonnenten können direkt beim Verbandsvorstand, Berlin W., Winterfeldtstraße 24, bestellen.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die außerordentlich hohen Anforderungen, welche infolge des Kriegszustandes an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes im allgemeinen und an unsere Unterstützungseinrichtungen im besonderen herangetreten sind, haben eine Prüfung unserer Vermögensverhältnisse kategorisch notwendig gemacht. Diese führte zu dem Ergebnis, daß zur Erfüllung der nach dem Kriege zu erwartenden bedeutenden Aufgaben die Erhebung eines Kriegszuschlages von 10 Pf.

zum Verbandsbeitrag unaufschiebbar geworden ist. Nachdem die Zustimmung des Verbandsausschusses und der Haupteiter erfolgt ist, schreiben wir hiermit auf Grund § 9 Absatz 3 des Verbandstatuts eine solche Ertragssteuer aus. Die Erhebung geschieht vom 1. Juli 1917 ab (27. Beitragswoche).

Die Einziehung dieses Kriegszuschlages von 10 Pf. pro Woche erfolgt gemeinsam mit dem Verbandsbeitrag durch eine Einheitsmarke. Von dem Gesamtbetrag der letzteren erhalten die Filialkassen den statutarischen Anteil von 25 Proz. Die neuen Beitragsmarken werden den Filialen rechtzeitig zugehen.
Der Verbandsvorstand.

Briefkasten

W. Halle und viele andere. Der Monatskalendar für 1917 ist völlig vergriffen. Es können daher keine Bestellungen mehr entgegengenommen werden. Wir bitten das zu beachten.
Einige Berichte müssen zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|
| August Gedrich, Dresden
Behaltungsgelüste
† 22. 1. 1917, 71 Jahre alt. | Karl Roth, Dresden
Jugendliche
† 17. 1. 1917. |
| Heinrich Flügge, Hamburg
Staatserei
† 9. 1. 1917, 48 Jahre alt. | Joh. Schmitt, Frankenthal
Städtischer Arbeiter
† 21. 1. 1917, 69 Jahre alt. |
| Wilhelm Pöhlten, Hamburg
† 24. 1. 1917, 62 Jahre alt. | Karl Voh, Hamburg
Staatsgummeplatz
† 19. 1. 1917, 67 Jahre alt. |
| Anton Pfaff, Bremen
Fabrikarbeiter
† 6. 1. 1917, 41 Jahre alt. | Ferdinand Wilk, Berlin
Gasarbeiter
† 17. 1. 1917, 57 Jahre alt. |
| Theodor Koff, Nürnberg
Friedhofarbeiter
† 21. 1. 1917, 56 Jahre alt. | Hermann Winkler, Hamburg
Friedhof
† 15. 1. 1917, 47 Jahre alt. |



Opfer des Weltkrieges:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|
| Paul Willy Böhm, Leipzig
am 22. Januar 1917 im Alter von 35 Jahren gefallen. | Otto Schmid, Regensburg
am 1. Januar 1917 im Alter von 33 Jahren gefallen. |
| Georg Genuer, Breslau
am 1. Oktober 1916 im Alter von 22 Jahren gefallen. | Moritz Schmiedgen, Dresden
am 8. Januar 1917 im Alter von 39 Jahren gefallen. |
| Adolf Nahts, Hamburg
am 13. Januar 1917 im Alter von 41 Jahren gefallen. | Friedrich Sollow, Hamburg
am 24. Dezember 1916 im Alter von 44 Jahren gefallen. |
| Julius Wink, Hamburg
am 6. Juni 1916 im Alter von 39 Jahren gefallen. | Willy Tessenow, Hamburg
am 30. Dezember 1916 im Alter von 32 Jahren gefallen. |

Gehre ihren Andenken!